

***Erfolgreiche Wirtschaftspolitik der
Bundesregierung***

Rede

Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Anlass

Eingangsstatement für das Gespräch mit BMF,
BMAS und dem GA der deutschen gewerblichen
Wirtschaft im Rahmen der Erstellung des JWB

am 20. Januar 2015

Uhrzeit der Rede: 11:30 Uhr

in BMWi-Berlin

Redezeit: ca. 10 bis 15 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

[Delegationsleiter, BDI-Präsident, GA Vorsitzender]

sehr geehrter Herr Dr. [REDACTED],

[MdB., PStS im BMF],

sehr geehrter Herr [REDACTED]

[StS im BMAS]

sehr geehrte Damen und Herren,

Einführung

ich freue mich, heute mit Ihnen über die wirtschaftspolitischen Leitlinien der Bundesregierung zu diskutieren.

Formaler Anlass für unser heutiges Treffen sind – wie in jedem Jahr – der Jahreswirtschaftsbericht, der am 28. Januar vom Bundeskabinett verabschiedet werden soll, und das Nationale Reformprogramm, das wir Mitte April nach Brüssel übersenden werden.

Aber für mich ist selbstverständlich, dass wir einen kontinuierlichen Austausch brauchen.

Nur wenn sich Wirtschaft und Politik im vertrauensvollen Dialog eng abstimmen, wird es gelingen, unsere politischen Ziele hier und in Europa wirkungsvoll umzusetzen.

Es geht darum, Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland und Europa zu erhöhen und die Wirtschaft auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu führen.

Investitionen sind dazu ein Schlüssel. Deshalb wird sich der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht intensiv damit befassen, was wir tun können, um in Deutschlands und Europas Zukunft zu investieren.

Rückblick auf ein Jahr erfolgreiche Regierungsarbeit

In dem einen Jahr, das seit unserem Gespräch über den letzten Jahreswirtschaftsbericht vergangen ist, hat die Bundesregierung viel erreicht.

Um die Unternehmen zu entlasten und private Investitionen zu fördern, hat die Bundesregierung u. a. im Dezember 2014 Eckpunkte zur weiteren **Entlastung** der mittelständischen Wirtschaft von **Bürokratie** beschlossen.

Wir stärken darüber hinaus die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die Digitale Agenda erschließt wichtige Innovationspotenziale und verbessert den Zugang und die Teilhabe an der digitalen Welt für alle Bürgerinnen und Bürger.

Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die bereits im August 2014 in Kraft getreten ist, haben wir zudem den notwendigen Neustart der Energiewende eingeleitet.

Zugleich haben wir die **öffentlichen Haushalte** noch stärker auf Investitionen ausgerichtet und die wachstumsfreundliche Konsolidierung vorangetrieben: Der Bundeshaushalt 2014 war erstmals seit dem Jahr 1969 wieder ausgeglichen. Und das soll auch in den kommenden Jahren so bleiben.

All das zeigt: Die Bilanz nach einem Jahr Regierungszeit kann sich sehen lassen.

Deutsche Wirtschaft in guter Verfassung

Das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr war mit 1,5 Prozent sehr ordentlich, auch wenn wir uns Anfang des Jahres noch etwas mehr erwartet hatten. [Projektion des letzten JWB (1,8 %)]

Wenn wir uns nochmal vor Augen führen, woher wir kamen: 0,4 % Wachstum in 2012 und 0,1 % in 2013, dann ist 1,5 % im vergangenen Jahr kein schlechter Wert.

Maßgeblich dafür, dass wir unsere Anfangs-Erwartungen nicht ganz erreicht haben, war, dass sich das außenwirtschaftliche Umfeld seit dem Frühjahr deutlich eingetrübt hatte.

Die Verschärfung der **Ukraine-Krise** hat nicht nur unmittelbar die deutschen Exporte getroffen, sondern vor allem auch Unternehmen verunsichert – nicht nur in Deutschland – und damit Investitionen beeinträchtigt.

Vor allem aber kommt die **Erholung im Eurogebiet**, unserem nach wie vor größten Absatzmarkt mit knapp 40 % unserer Exporte, **nur sehr langsam** voran *[BIP-Wachstum Eurogebiet ohne*

Deutschland: 2014 rund 0,5 % und 2015 rund 1 ¼ %].

In wenigen Tagen wird in **Griechenland** gewählt. Auch wenn offen ist, wer sich bei diesen Wahlen letztlich durchsetzt, gehen wir davon aus, dass eine vernünftige Lösung gefunden wird und es zu keiner krisenhaften Zuspitzung kommt.

Auch deshalb rechnen wir insgesamt damit, dass sich die Weltwirtschaft in diesem Jahr allmählich belebt und damit auch das Wachstum in Deutschland wieder anzieht.

Denn die **Fundamentalfaktoren** für die deutsche Binnenkonjunktur sind nach wie vor **sehr gut**: Beschäftigung und Einkommen steigen; die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen sind ausgezeichnet.

Einen zusätzlichen Impuls könnte der massive Rückgang des Ölpreises bringen.

Bleibt er auf dem jetzigen niedrigeren Niveau ergibt sich in Modellrechnungen (von uns und anderen) ein positiver realer Wachstumseffekt in einer Größenordnung von 0,2 - 0,3 Prozentpunkten.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Entwicklung des Ölpreises nicht zu weitergehenden krisenhaften Entwicklungen in Förderländern und auf den Finanzmärkten führt.

Die genaue Wachstumszahl werden wir in der kommenden Woche mit der Jahresprojektion bekannt geben. Aber ich darf Ihnen heute schon verraten, dass gerade die positive Wachstumsentwicklung im 4. Quartal 2014 uns Anlaß gibt, auch für 2015 zuversichtlich zu sein.

**Herausforderungen an die
Wirtschaftspolitik**

Ungeachtet dessen gibt es mittelfristig nach wie vor eine Fülle von Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Die **Investitionen** in Deutschland haben sich im europäischen Vergleich seit Mitte der 1990er Jahre nur verhalten entwickelt. Dies belastet auch die deutsche Wettbewerbsfähigkeit.

Auch die Umsetzung der **Energie-wende** erfordert weiterhin große Anstrengungen. Die Balance zu schaffen, zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren einerseits und dem Erhalt wettbewerbsfähiger Industriestrompreise andererseits, ist in der Tat herausfordernd.

Hinzu kommt: Der **demografische Wandel** fordert seinen Tribut. Insbesondere in technischen Berufen, aber auch bei Gesundheitsdienstleistungen fehlen zunehmend qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

**Ausblick auf die künftige
Wirtschaftspolitik**

Deshalb steht der Jahreswirtschaftsbericht unter der Überschrift „Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft“.

Denn das, was wir jetzt dringend brauchen, sind höhere Investitionen – da sind wir uns alle einig.

Unser gemeinsames Ziel ist es, private und öffentliche Investitionen in Deutschland und Europa zu stärken.

Dabei geht es darum,

- die **Rahmenbedingungen für private Investitionen** durch einen Abbau bestehender Investitionshemmnisse zu verbessern sowie
- Spielräume für die Finanzierung der **öffentlichen Infrastruktur** zu nutzen und neue Konzepte für deren Finanzierung zu erarbeiten.

Deshalb setzen wir mit dem Bundeshaushalt 2015 und der neuen Finanzplanung ein **klares Zeichen für höhere öffentliche Investitionen.**

Wir stellen insgesamt 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung und geben bis 2018 noch einmal 10 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen aus.

Wir stärken darüber hinaus die Investitionsspielräume von Gemeinden und Ländern, indem wir sie in dieser Legislaturperiode um insgesamt rund 10 Mrd. Euro entlasten.

Klar ist dabei aber auch: Die öffentlichen Haushalte werden den gewaltigen Investitionsbedarf im Infrastrukturbereich nicht alleine stemmen können. Privates Kapital auf der Suche nach rentablen Anlagemöglichkeiten ist dagegen reichlich vorhanden. Daher brauchen wir bessere Rahmenbedingungen für Modelle der privaten Infrastrukturfinanzierung.

Insbesondere die Potenziale der **Beteiligungsfiananzierung** an privaten Investitionen und Infrastrukturprojekten scheinen dabei nicht ausgeschöpft.

Für mehr private Investitionen müssen auch die Rahmenbedingungen für **Wagniskapital** in Deutschland weiter verbessert werden. Gerade das noch junge Marktsegment für **Crowd-Finanzierungen** kann sich noch stärker entwickeln.

Dabei ist es für junge Unternehmen auch entscheidend, dass ihre kreative Kraft und ihr Wertschöpfungspotenzial nicht unnötig durch bürokratische Hürden gebremst wird. Auch ihnen wird die beschlossene Entlastung der Wirtschaft von Bürokratie zu Gute kommen.

Die **Digitale Agenda** wird dazu beitragen, wichtige Innovationspotenziale zu erschließen. Wir wollen gerade den mittelständischen Maschinen- und Anlagenbau in Deutschland fit machen für das Zeitalter von Industrie 4.0 und so unsere Spitzenstellung auf dem Weltmarkt verteidigen.

Der Erhalt unserer industriellen Stärke und eine höhere Akzeptanz von Industrie sind Ziele des Bündnisses für Industrie, das Sie, Herr ■■■■■, gemeinsam mit der IG Metall und mir aus der Taufe gehoben haben.

Um dem demographischen Wandel entgegenzuwirken, gilt es zudem, das **Erwerbspersonenpotenzial** im Inland systematisch zu **erschließen**: Durch die Senkung der Schul- und Studienabbrecherzahlen, durch bessere Berufsqualifikation sowie eine höhere Beteiligung von Frauen, Älteren, Migranten und Menschen mit Behinderung am Erwerbsleben. Dabei wollen wir im Bündnis für Aus- und Weiterbildung gerade die duale Berufsausbildung stärken.

Nicht zuletzt muss Deutschland auch **Zuwanderer** besser und schneller integrieren und sich um Fachkräfte aus dem Ausland bemühen.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den Vorhaben, die wir im Jahreswirtschaftsbericht ansprechen werden.

Dabei ist aber klar: Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Europa ist eine entscheidende Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

In **Europa** brauchen wir daher einen neuen, koordinierten Ansatz, der Strukturreformen mit deutlich höheren Investitionen verbindet. Nur so wird Europa aus dem Kreislauf von Stagnation, hoher Verschuldung und hoher Arbeitslosigkeit herausfinden.

Wir werden uns deshalb aktiv beim 300 Mrd. Euro-Investitionsplan von Kommissionpräsident Juncker einbringen.

Schluss

Wir werden im Jahreswirtschaftsbericht darstellen, dass wir einen umfassenden Ansatz verfolgen, um Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland und Europa zu sichern und zu stärken.

Ich freue mich nun auf Ihre Einschätzungen.

- Wie beurteilen Sie die konjunkturellen Perspektiven der deutschen Wirtschaft?

- Worin bestehen aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen, die wir gemeinsam meistern müssen, um ein nachhaltiges Wachstum in Deutschland zu erreichen?

Diese Fragen möchte ich gerne im Anschluss mit Ihnen diskutieren.

Zunächst aber möchte ich Herrn Staatssekretär Dr. [REDACTED] und Herrn Staatssekretär [REDACTED] Gelegenheit geben, aus Ihrer Sicht zu ergänzen.